

NEUE BLÄTTER

FÜR POLITIK UND KULTUR

7.Jhg. Nr. 7/7.2012 (79)

Markantes zum Ausgang der Parlamentswahlen in Frankreich am 17. Juni 2012

von Peter Gey, Leiter des Pariser Büros der FES

Benjamin Schreiber, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Pariser Büro der FES

Die Parti Socialiste (PS) und ihre Bündnispartner erzielen erstmals seit 1981 wieder die absolute Mehrheit.

Die PS (280 Sitze) und ihre Alliierten, darunter die sozialliberale *Parti Radical de Gauche* (12 Sitze) und Jean-Pierre Chevènement's *Mouvement Républicain et Citoyen* (3 Sitze) erreichen zusammen 314 Mandate (2007: 204) und damit 25 mehr, als zur absoluten Mehrheit in der 577 Sitze zählenden *Assemblée Nationale* erforderlich sind. Die bisherige Regierungspartei *Union pour un mouvement populaire* und ihre Verbündeten kommen nur noch auf 229 Sitze (2007: 320).

Zu einer Dreifünftel-Mehrheit im Kongress reicht es nicht.

Erstmals sind die Sozialisten sowohl in der Nationalversammlung als auch im Senat stärkste Fraktion. Eine Dreifünftel-Mehrheit in dem aus beiden Kammern bestehenden Kongress wurde jedoch um 64 Mandate verfehlt. Damit ist eine Verfassungsänderung, wie sie zum Beispiel für die von der PS beabsichtigte Einführung eines Stimmrechts von Ausländern bei Kommunalwahlen erforderlich ist, nur mit Unterstützung der Opposition möglich. Wenn diese ihre Zustimmung verweigert, bleibt noch die Möglichkeit, ein Referendum durchzuführen.

Die Grünen gewinnen, die Linksfrente verliert.

Dank der Unterstützung durch die PS steigert die Partei *Europe Ecologie - Les Verts* die Zahl ihrer Mandate von 4 (2007) auf 17. Damit erreichen die Grünen die angestrebte Fraktionsstärke, für die mindestens 15 Sitze notwendig sind. Demgegenüber kommt die *Front de Gauche* aus Kommunisten und *Parti de Gauche* nur noch auf 10 Mandate (2007: 19) und verliert damit ihren Fraktionsstatus.

Die Rechtsradikalen schaffen es ins Parlament, Marine Le Pen bleibt draußen.

Erstmals seit 1997 gelangt die *Front National* (FN) (2 Sitze) wieder in die Nationalversammlung. Auch die rechtsradikale *Ligue du Sud* erringt einen Sitz. Marion Maréchal-Le Pen, eine Enkelin des Parteigründers Jean-Marie Le Pen, ist mit 22 Jahren die jüngste Abgeordnete in der Geschichte der V. Republik. Marine Le Pen selber unterliegt im zweiten Wahlgang mit 118 Stimmen Rückstand einem Kandidaten der PS.

Die Wahlenthaltung steigt auf einen historischen Höchststand.

In der V. Republik war die Wahlenthaltung 2007 mit 40 Prozent bei Parlamentswahlen bislang am höchsten. 2012 jedoch entscheiden sich in der zweiten Runde sogar 44,6 Prozent, nicht zu den Urnen zu gehen. Die schwache Wahlbeteiligung wirft einen Schatten auf die neue Regierungsmehrheit. Zwar vereinigt die PS in der Nationalversammlung aufgrund des Mehrheitswahlrechts fast die Hälfte der Sitze auf sich, doch erreichte sie im ersten Wahlgang nur 29,4 Prozent der Stimmen. Das entspricht 16,4 Prozent der eingetragenen Wählerinnen und Wähler.

Frankreichs traditionelles Zwei-Parteien-System geht gestärkt aus den Wahlen hervor.

Die zwei großen Parteien der Linken und Rechten, PS und UMP, haben zusammengekommen gegenüber 2007 die Zahl ihrer Mandate in der Nationalversammlung von 524 auf 543 erhöht. Die Grünen auf der linken und die Partei *Nouveau Centre* auf der rechten Seite des Parteienspektrums verdanken ihren Einzug ins Parlament maßgeblich ihren Allianzen mit einer der beiden Volksparteien. Die sozialistische Partei *Mouvement Démocratique* (Modem) und die rechtsradikale FN, die keinem der beiden Parteiblöcke angehören, sind nur mit je zwei Sitzen vertreten. Selbst der Modem-Vorsitzende und mehrfache Präsidentschaftskandidat François Bayrou unterlag in seinem Wahlkreis. Die teilweise Einführung eines Verhältniswahlrechts, die François Hollande im Präsidentschaftswahlkampf versprochen hat, würde die Vorherrschaft von PS und UMP einschränken.

Die Taktik des „weder-noch“ der UMP überzeugt die Wähler nicht.

UMP-Generalsekretär Jean-François Copé rief vor dem zweiten Wahlgang die UMP-Wählerschaft zu einem *ni-ni* (weder-noch) auf. Weder sollten Bündnisse mit der rechtsradikalen FN eingegangen werden, noch sollten UMP-Kandidaten zugunsten eines Sozialisten zurücktreten. Trotzdem können einige UMP-Kandidaten nicht der Versuchung widerstehen, sich der FN zu nähern. Das zahlt sich nicht für sie aus. Vom rechten Flügel der UMP, der über Monate die Themen der Rechtsradikalen vertritt, scheidet etwa die Hälfte der Kandidaten im zweiten Wahlgang. Die politisch-ideologischen Positionen, die Partei und Wählerschaft teilen, sind für die UMP eine große Herausforderung, auf die sie auf ihrem Parteitag im November 2012 eine Antwort finden muss.

Sämtliche Kabinettsmitglieder werden gewählt bzw. wiedergewählt.

Bereits vor dem ersten Wahlgang erklärte Premierminister Jean-Marc Ayrault, dass Minister, die ihren Wahlkreis verlieren, zurücktreten müssten. Abgesehen von 2 Ministerinnen, die aufgrund ihrer schlechten Erfolgsaussichten nicht zu den Wahlen antraten, sind der Premierminister und alle 24 kandidierenden Regierungsmitglieder erfolgreich. Vor der ersten Zusammenkunft der neu gewählten Nationalversammlung am 26. Juni werden die Minister ihr erkämpftes Mandat niederlegen. Die Ministerin der Grünen Cécile Duflot hat ihren Parlamentssitz bereits einer sozialistischen Nachrückerin überlassen.

Ségolène Royal verliert klar gegen einen sozialistischen Rivalen.

Mit nur 37 Prozent der Stimmen erfährt Ségolène Royal in ihrem neuen Wahlkreis eine herbe Niederlage. Um der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin die Aussichten auf die Präsidentschaft der Nationalversammlung zu verbessern, hatte die Parteiführung ihr in La Rochelle einen vermeintlich sicheren Wahlkreis verschafft. Der dortige PS-Vorsitzende des Departements und bisherige Kandidat, Olivier Falorni, weigerte sich jedoch, auf seine Kandidatur zu verzichten und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Er erzielt, auch mit Unterstützung der bürgerlichen und radikalen Rechten, 63 Prozent.

Jack Lang fällt der „schwarzen Liste“ Marine Le Pens zum Opfer.

Die Front-National-Vorsitzende Marine Le Pen gab vor dem zweiten Wahlgang keine allgemeine Wahlempfehlung. Sie rief jedoch ihre Anhängerschaft dazu auf, eine Reihe von Kandidaten aus UMP und PS, die ihr aus verschiedenen Gründen missfielen, nicht zu wählen. Dazu gehörte auch der frühere Kulturminister François Mitterrands, Jack Lang, der ebenso wie Ségolène Royal danach strebte, Präsident der Nationalversammlung zu werden. Jack Lang verliert in seinem Wahlkreis im Département Vogesen gegen einen UMP-Kandidaten knapp mit 49,1 Prozent.

Beginn des Spanischen Bürgerkriegs 18. Juli 1936 -

Rückblick 18. Juli 2012

Vor 56 Jahren wurde Spanien zum Exerzierfeld der europäischen Gegensätze.

Am 18. Juli 1936 begann der spanische Bürgerkrieg. Die spanische Armee unter Franco putschte gegen die vom Parlament gewählte demokratische Regierung. Der Aufstand, der in Madrid und einigen anderen Städten von den Republikanern unter besonders tätiger Mitwirkung der Arbeiter sehr rasch liquidiert wurde, wäre wohl in kurzer Zeit niedergeschlagen worden, wenn nicht starke Verbündete des reaktionären Generals in das Spiel eingegriffen hätten. Der Faschismus deutscher und italienischer Prägung schritt zur Intervention. Italienische und deutsche Truppenverbände langten in Spanien an, und faschistische Luftgeschwader begannen rücksichtslos die Städte zu bombardieren, die in den Händen der gesetzlichen Regierung waren.

Bekannt wurde die Bombardierung Guernicas durch die „Legion Condor!“, die Picasso mit seinem Bild Guernica dokumentierte. (siehe Rückblicke)

Diesem gesammelten faschistischen Ansturm hätten, die anderen demokratischen Mächte zur Unterstützung der Republikaner in Spanien, zum Schutze der legalen Regierungsgewalt, zwingen müssen!

Aber was geschah?

Die Regierungen in London und Paris (stark beeinflusst durch die englischen Grubenbesitzer vom Rio Tinto, die von Franco die Wiederherstellung der alten „Patriarchalischen“ sozialen Verhältnisse erhofften, gegen die die Arbeiter rebellierte hatten), fassten den Beschluss, 27 Staaten aufzufordern, sich von der Einmischung in die Streitigkeiten in Spanien fernzuhalten. Weder Waffen, Munition noch anderes Kriegsmaterial sollten nach Spanien geliefert werden. Auch Deutschland, Italien und die Sowjetunion erhielten eine solche Aufforderung! In London wurde ein „Nichteinmischungskomitee“ eingesetzt, das die Durchführung dieser Bestimmungen überwachen sollte.

Aber was geschah?

Die Politik der „Nichteinmischung“ war die traurigste Komödie dieses Jahrhunderts. Die faschistischen Staaten setzten unbekümmert ihre Intervention fort und schickten reguläre Truppen, Tanks und Flugzeuge und Schiffe nach Spanien. Auf der anderen Seite ging ein Strom von Freiwilligen, Antifaschisten aller Länder nach Spanien, um die Reihen der kämpfenden Republikaner zu verstärken. Mitten im Bürgerkrieg bildete sich so gegenüber den faschistischen Berufsarmeen eine republikanische Volksarmee, deren Kern die „Internationalen Brigaden“ waren. Auch die Sowjetunion begann Instruktoren, Offiziere und Waffen zu senden.

Im Laufe dieses Krieges erhielt Alexander Orlov (NKWD) von Stalin den Auftrag, die „Anarchisten“ – die in Spanien mehr Anhänger zählte als irgendwo sonst; sie waren Erzfeinde der Kommunisten. Der Gegensatz zwischen ihnen reichte bis zu den Auseinandersetzungen zwischen Marx und Bakunin im 19. Jahrhundert zurück. – zu vernichten.

Eine andere Gruppierung, die Stalin in höchstem Grade hasste, war die POUM (Partido Obrero de Manification Marxista) eine marxistisch/antistalinistische Partei, die nach Stalins Ansicht den Trotzismus propagierte und die es gewagt hatte, Trotzki nach Spanien einzuladen. Die POUM verurteilte die Moskauer Schauprozesse und nannte den Stalinismus das „bürokratische Regime eines mörderischen Diktators“. Ein Artikel, der am 17.12.1936 in der „Prawda“ erschien, gab die Richtung vor: „Was Katalonien betrifft, hat die Säuberung von Trotzisten und Anarchisten begonnen und wird ebenso energisch durchgeführt werden wie in der UdSSR“. Auch zahlreiche deutsche Antifaschisten fielen in Spanien dem NKWD zum Opfer.

Die Haltung der demokratischen Mächte war die größte Niederlage des demokratischen Internationalismus:

Von diesem Schlag hat sich der Glaube an die echte Zusammenarbeit der demokratischen Staaten lange nicht wieder erholen können. Und selbst die Zusammenarbeit der Demokratien gegen Hitler-Deutschland wurde oft unter dem Aspekt des 18. Juli 1936 betrachtet.

p.n.

Deutsche Legion Condor zerstört Guernica

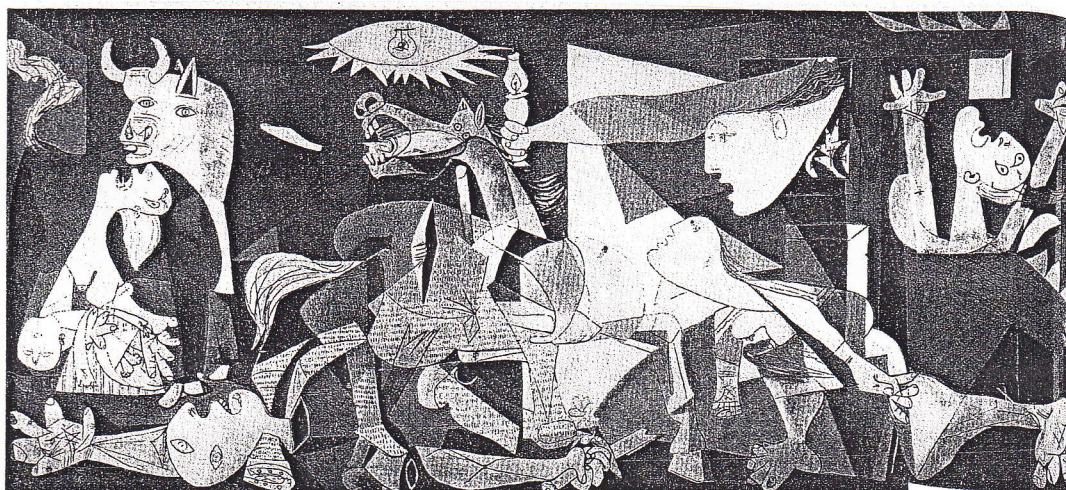
Gegen 16.30 Uhr bricht das Inferno über die baskische Stadt Guernica herein, die weit hinter der Bürgerkriegsfront liegt. Deutsche Flieger der Legion Condor verwandeln die 10000 Einwohner-Stadt in ein brennendes Trümmerfeld – 1645 Menschen kommen ums Leben. Die Legion Condor unterstützt auf Weisung von Reichskanzler Adolf Hitler den faschistischen General Francisco Franco. Es gilt als sicher, dass Franco die Zerstörung der heiligen Stadt der Basken – symbolischer Ort ihres Unabhängigkeitswillens – angeordnet oder zumindest gebilligt hat. Hintergrund ist das Streben der Basken



Nach dem Angriff gleicht Guernica einem Trümmerfeld.

nach Autonomie sowie ihre Unterstützung einer republikanischen Verfassung. Ein militärisches Angriffsziel ist Guernica nicht. Die Munitionsfabrik vor der Stadt sowie zwei entfernt liegende Kasernen bleiben weitgehend unzerstört. Die rücksichtslose Zerstörung der Stadt bringt für die spanischen Aufständischen unter Franco nicht den erhofften Durchbruch. Vielmehr sehen sie sich einer Welle der Entrüstung in der europäischen Öffentlichkeit ausgesetzt. Vor allem Großbritannien reagiert mit Empörung. Weil es die britische Regierung jedoch

ablehnt, eine Protestnote an Franco und Hitler zu senden, kommt es im Londoner Unterhaus zu einer erregten Auseinandersetzung. Außenminister Anthony Eden erklärt, die Regierung bedauere die Bombardierung der Zivilbevölkerung auf das tiefste, könne sich jedoch nicht zu Sanktionen oder anderen Maßnahmen durchringen. London, das u.a. wirtschaftliche Interessen in dem von Franco besetzten Teil Spaniens hat und eine offene Konfrontation mit Deutschland vermeiden will, setzt auf Verhandlungen.



»Guernica« ist eine leidenschaftliche Anklage gegen die Schrecken des Spanischen Bürgerkriegs.

Picassos Meisterwerk klagt an

Auf der Weltausstellung in Paris präsentiert der spanische Maler Pablo Picasso am 12. Juli erstmals sein Kunstwerk »Guernica«, das zu einem der berühmtesten Bilder des 20. Jahrhunderts wird. Das 351 x 782 cm große Ölgemälde hängt in der Eingangshalle des spanischen Pavillons. Den Auftrag für ein Werk, das den Faschismus anklagt, erhielt Picasso Anfang des Jahres. Der Angriff der francofreundlichen deutschen Legion Condor auf die baskische Stadt Guernica liefert dem Künstler das Thema für das Bild, das einen komplexen Eindruck von Zerstörung, Schmerz, Leiden und Zerrissenheit vermittelt. »Guernica« wird als Aufschrei gegen die Grausamkeit des

Spanischen Bürgerkriegs weltberühmt. Das Gemälde will die Öffentlichkeit über den faschistischen Terror informieren und zur entschiedenen Parteinahme aufrütteln. Neben »Guernica« bezieht Picasso auch in seinen Radierungen zu »Traum und Lüge Francos« Stellung gegen die Faschisten. In einer Presseerklärung erläutert Picasso den Stellenwert seines Bildes: »Das spanische Ringen ist der Kampf der Reaktion gegen das Volk, gegen die Freiheit. Mein ganzes Leben als Künstler war ein unaufhörliches Streiten gegen die Reaktion und den Tod der Kunst.« Picasso will mit »Guernica« seine »Abscheu vor der militärischen Kaste« zum Ausdruck bringen, die Spanien »in einen Ozean von Leid und Tod versenkt hat.«

17. Juli 1936

Rechte und Linke kämpfen in Spanien um die Macht

Die seit Jahren in Spanien schwelenden Konflikte zwischen politisch linken und rechten Kräften hatten das Land schon mehrfach an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Nun führen sie in die politische Sackgasse. Der Mord an dem monarchistischen Abgeordneten José Calvo Sotelo am 13. Juli wird zum Auslöser für einen seit Monaten vorbereiteten Militärputsch, der sich zum Bürgerkrieg ausweitet.

Der Putsch der faschistisch orientierten Militärs unter Führung der Generäle Francisco Franco y Bahamonde, Emilio Mola Vidal, Gonzalo Queipo de Llano und José Sanjurjo y Sacanell bricht in Spanisch-Marokko aus. Der Widerstand der Arbeiter, die am 18. Juli in den Streik treten, wird rücksichtslos niedergeschlagen. Franco übernimmt nach Verhaftung des legalen Oberbefehlshabers für Spanisch-Marokko das Kommando. Der Funke des Aufstands springt auch auf das



spanische Mutterland über. In einigen Gebieten scheitern die Aufstände am Widerstand der Bevölkerung (Abb.: Internationale Brigaden vor Madrid) oder an regierungstreuen Soldaten. Eine politische Lösung gelingt auch der Regierung in Madrid nicht mehr – der Bürgerkrieg ist unvermeidbar.

Bombenattentat

auf

Adolf Hitler

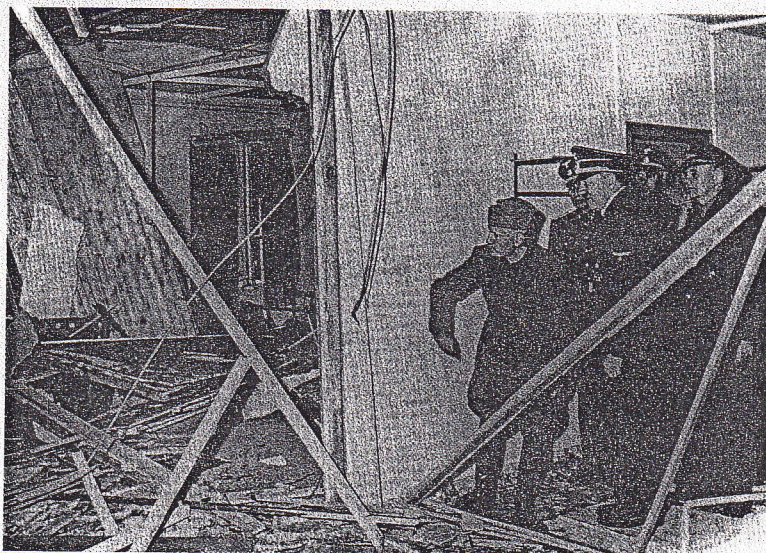
scheitert

20. Juli 1944

Im Führerhauptquartier »Wolfsschanze« bei Rastenburg in Ostpreußen explodiert in unmittelbarer Nähe Adolf Hitlers eine Bombe. Wie durch ein Wunder bleibt der Diktator unverletzt. Mit dem Attentat scheitert einer der vielversprechendsten Versuche des deutschen Widerstands, das nationalsozialistische Regime zu stürzen und den Krieg zu beenden. Vor der im Hauptquartier an-

Detonation von einem schweren Eichentisch aufgefangen. Adolf Hitler kommt mit leichteren Verletzungen davon. Unmittelbar nach dem Attentat schlägt das Regime zurück. Stauffenberg und drei weitere Offiziere werden verhaftet und noch in der Nacht erschossen. Als Stauffenbergs Mitverschwörer in Berlin die Nachricht von der Unversehrtheit des »Führers« erhalten, reagieren sie unentschlossen.

Noch am Abend bricht der Putsch zusammen. 200 Menschen geraten in die Mühlen der NS-Justiz und werden zum Tode verurteilt. In den folgenden Wochen nimmt die Gestapo insgesamt 7000 Personen fest und lässt die meisten exekutieren. Auch vor den Angehörigen der Verschwörer machen die NS-Schergen keinen Halt. Die Offiziersgruppe um Stauffenberg hatte den Plan gefasst, nach



Staatsgast Mussolini (l.) und Hitler besichtigen die Trümmer nach der Explosion.

beräumten Lagebesprechung hatte Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg eine Aktentasche nahe der Stelle platziert, an der sich Hitler später voraussichtlich aufhalten würde. Tatsächlich begibt sich Hitler in das Besprechungszimmer. Doch einer der Anwesenden räumt die Tasche zur Seite. Als die Bombe explodiert, wird die Wucht der

dem Attentat die Meldung »Hitler ist tot« zu verkünden und die Operation »Walküre« auszulösen, die eigentlich für eine Mobilisierung des Ersatzheeres bei inneren Unruhen vorgesehen ist. An der Spitze der Truppen wollten die Verschwörer sämtliche SS-Truppen verhaften lassen und Friedensbedingungen mit den Alliierten aushandeln.

CLAUS SCHENK GRAF VON STAUFFENBERG

15. November 1907 — 20. Juli 1944

„Wir haben uns vor Gott und unserem Gewissen geprüft, es muß geschehen, denn dieser Mann ist das Böse an sich“, diese Worte äußerte Claus Stauffenberg gegenüber Jakob Kaiser, als er ihm darlegte, daß nach seiner und seiner nächsten Berater Ansicht alles gewagt und versucht werden müsse, Hitler zu beseitigen. Von der damaligen Stunde der Unterredung berichtete Jakob Kaiser, daß sie ihm unvergeßlich bleiben werde, da sie ihm Einblick in die innere Auseinandersetzung gab, die Stauffenberg mit seinem Gewissen ausfocht.

Als sich Claus Schenk Graf von Stauffenberg zehn Monate vor der Aktion vom 20. Juli 1944 entschloß, selbst die Ausführung des jahrelang erwogenen und mehrfach bis ins einzelne vorbereiteten Attentats auf Hitler in die Hand zu nehmen, stand er im Alter von 36 Jahren. Seine Entscheidung war durch jene Synthese von Ethos und Tatkraft bestimmt, die als Merkmal seiner Wesensart schon in früheren Jahren anklingt, aber erst mit der Erkenntnis des Ausgereiften für Recht und Gerechtigkeit mächtig wurde. Während der junge, ungewöhnlich fähige Berufsoffizier — bei wohl geheimen Bedenken — 1939 weder bewußter Widersacher der Nationalsozialisten noch ihres Krieges war, durchschaute er zur Jahreswende 1943/44 das System bis in die „krankhafte und entmännlichte Atmosphäre des Obersalzberg“ und sah in Julius Leber den wesensverwandten Charakter und zuverlässigen Freund. Als dieser bereits am 5. Juli 1944 verhaftet worden war, ließ er dessen Frau am 17. Juli übermitteln: „Wir sind uns unserer Pflicht bewußt.“

Claus Stauffenberg entstammte schwäbischem Adel; mütterlicherseits war er mit dem Geschlecht der Yorck verwandt, und zu seinen Ahnen gehörte Gneisenau. In der Ausbildungszeit galt Stauffenberg bei vielen Vorgesetzten und Kameraden als der Begabteste seines Jahrgangs, dem eine große Zukunft bevorstand. Altersgenossen nannten ihn scherzend „den neuen Schlieffen“. Man traute ihm die Kraft zu, „dem Generalstab wie dem Heer neuen Geist einzuflößen und die einseitig militärische Denkweise zu überwinden“. Später bezeichnete ihn ein General der alten Schule als „den einzig genialen deutschen Generalstabsoffizier“.

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges war Stauffenberg Oberleutnant in einer Panzerdivision; in Polen und im Frankreichfeldzug stand er an exponierten Frontabschnitten. Nach siegesbewußt bedauerte er seine Abberufung in das Hauptquartier, weil er sich nur ungern von der kämpfenden Truppe trennte. In diesem Stadium des glanzvollen Aufstieges, der ihn zur Lösung größter organisatorischer Aufgaben verpflichtete, setzte der Widerspruch Stauffenbergs gegen die Führerentschlüsse ein. Anfang des Jahres 1943 kam er zur Truppe nach Afrika. Dort verletzte eine Tieffliegergarbe sein Gesicht, beide Hände

Nie wieder Nationalsozialismus

Wir haben uns vorgenommen, in jeder Ausgabe über einen Menschen zu berichten, der im Widerstand gegen den deutschen Faschismus — den Nationalsozialismus — sein Leben verlor.

Heute gilt unser Gedenken Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

aus „Das Gewissen steht auf, 1933-1945“, Mosaik Verl., Auflage 5. Auflage 35.-44. Tausend (1954)

und ein Knie. Im Lazarett von Karthago befürchtete er tagelang, völlig blind zu sein. Er behielt ein Auge und hatte die rechte Hand und die Hälfte der linken verloren. Doch in der Genesungszeit stellten Freunde bald mit Staunen fest, daß „eine ganz neue, innere Bestimmtheit, eine Energie drängender als je“ von ihm ausging.

Während zu jener Zeit viele militärische Würdenträger im vertrauten Gespräch mit Gleichgesinnten die Kriegsführung Hitlers kritisierten und zum Teil leidenschaftlich verdamnten, aber dennoch vor einer entscheidenden Handlung gegen das Regime zurückschreckten, revidierte Claus Stauffenberg sein früheres Weltbild von Grund auf. Von sich selbst den äußersten Einsatz fordernd, suchte er die Verbindung zu den Widerstandskräften – im wesentlichen von der Vorstellung erfüllt, daß der Liquidation des Hitlerregimes ein echter staatlicher Erneuerungsversuch folgen müsse, „die Bildung eines bis in die breiten Volksschichten überzeugenden, neuen, sozialen Staates“. Unter General Olbricht zog er mit dessen bewußter Förderung als Chef des Stabes beim Allgemeinen Heeresamt ein militärisches Netz um Berlin, auf das sich die Gegenbewegung am Tage des Umsturzes stützen sollte. So galt Stauffenberg unter den Exponenten des zivilen Widerstandes als der Prototyp jener jungen, höheren Offiziere, deren zukünftige Existenz nie zur Debatte stand, die aber den Willen zum Handeln hatten aus dem Verantwortungsgefühl des Offiziers vor der Truppe, aus der Verpflichtung des Staatsbürgers vor dem Volke. Einen Hauch seines Geistes hatten sogar die Gestapo-Beamten, die an der Untersuchung der Vorgänge um den 20. Juli beteiligt waren, verspürt. Sie sprachen von der Sehnsucht und dem Ringen Stauffenbergs, der einen ethischen Sozialismus mit seinen „gräflichen Überlieferungen“ in Einklang bringen wollte.

Zum ganzen Einsatz gehörte auch Stauffenbergs Mitwirkung an dem Plan einer rechtzeitigen Verständigung mit den westlichen Kriegsgegnern, bevor die bedrohte, wankende Front im Osten völlig zusammenbrach. Deshalb erwog auch Stauffenberg kurz vor der Invasion der Westalliierten in der Normandie die Möglichkeit, England den Weg durch die deutschen Minenfelder zu erleichtern, was jedoch deshalb nicht weiter verfolgt wurde, weil man zu diesem Zeitpunkt sehr wohl einsah, daß die Vorstellung einer Trennung der Alliierten in ihrer gemeinsamen Kriegsführung unrealistisch war.

Als die westalliierten Truppen schließlich gelandet waren, konnte es nur noch darum gehen, die Katastrophe des dahintreibenden Krieges mit den unzähligen, sinnlosen Opfern abzukürzen und aus den Trägern des Widerstandes eine Regierung zu bilden, die auch das Ausland als verhandlungsfähig anerkennen mußte. Dies setzte den Tod Hitlers voraus.

Am 1. Juli wurde Stauffenberg Oberst und Chef des Generalstabes beim Oberbefehlshaber des Ersatzheeres. Es war ein Posten, der ihn in unmittelbare Nähe von Hitler brachte.

Zweimal wurde zwischen dem 10. und 20. Juli der Termin für das Attentat von Stauffenberg festgesetzt. Zweimal wurde jedoch sein Plan durch widrige Umstände durchkreuzt. Nach den bekannten Vorgängen am 20. Juli 1944 fiel dann im Hof der Bendlerstraße der Schuß, der das Opfer des Lebens von Claus Schenk Graf von Stauffenberg forderte, jenes

Mannes, von dem der Nachruf sagt, daß er mit seinem schwarzwelligen Haar und seiner schönen großen Gestalt in jeder Hinsicht ein echter Enkel Gneisenaus war. Seine Frau aber brachte einige Monate später ihr fünftes Kind in Sippenhaft zur Welt.

In der Vorausschau, daß er bei seinem letzten Einsatz zugrunde gehen könne, hatte sich Stauffenberg in den Wochen und Tagen zuvor um den Wortlaut eines leicht verständlichen politischen Glaubensbekenntnisses bemüht, das in der Form eines Schwurs ein segensreiches Fortwirken aller längst bewährten und neuerwachten Kräfte sichern sollte.

Das Leitmotiv war:

„Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt.“



Claus Schenk Graf von Stauffenberg gestorben am 20. Juli 1944

Namen und Daten

- 05.07.1937 Anke Fuchs, Ehrenvorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mitglied des Seniorenrates, ehem. Präsidentin des Deutschen Mieterbundes, ehem. MdB, Bundesministerin a.D., ehem. PV-Mitglied;
- 07.07.1972 Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller tritt zurück;
Helmut Schmidt wird Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzminister;
Verkehrsminister Leber wird Verteidigungsminister
- 11.07.1924 Dr. Helga Timm, Mitglied des Seniorenrates, ehem. MdB, ehem. PGF der Bundestagsfraktion, ehem. Mitglied der Bundesschiedskommission
- 11.07.1973 Dr. Nils Schmid, Minister für Finanzen und Wirtschaft in Baden-Württemberg und stellv. Ministerpräsident, SPD Landesvorsitzender Baden-Württemberg, MdL
- 11.07.1906 Herbert Wehner in Dresden geb., Vors. der SPD-Bundesfraktion 1969-83; MdB 1949-83; stellvertr. SPD-Vorsitzender 1958-73; Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1966-69; am 19.1.90 in Bonn-Bad Godesberg gestorben
- 15.07.1961 Christoph Matschie, Mitglied PV, Landesvorsitzender Thüringen, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur und stv. Ministerpräsident in Thüringen, MdL, ehem. Vorsitzender der Landtagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär, ehem. MdB
- 15.07.1962 Jens Bullerjahn, Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt und stellv. Ministerpräsident, ehem. PV-Mitglied, ehem. Vorsitzender des Forums Ostdeutschland, ehem. Stv. Parteivorsitzender, ehem. Vorsitzender und PGF der LTF Sachsen-Anhalt
- 19.07.1952 Betriebsverfassungsgesetz vom Bundestag verabschiedet
- 23.07.1952 Carl Severing in Bielefeld gestorben; Reichsinnenminister 1928-30; Innenminister Preußens 1920/21, 1921-26 und 1930-33; 1946 Vors. des SPD-Bezirks Östliches Westfalen; Mitglied des Landtages von NRW 1947-52; am 1.6.1875 in Herford geboren
- 23.07.1899 Gustav Heinemann in Schwelm geboren; Bundespräsident 1969-74; am 7.7.1976 in Essen gestorben;
- 24.07.1922 Hans-Jürgen Wischnewski in Alleinstein/Ostpommern geboren. 1976-79 Kanzleramtsminister und Berlin-Beauftragter der Bundesregierung, 1968-72 Bundesgeschäftsführer der SPD; gestorben am 24.2.2005 in Köln
- 31.07.2002 Inge Donnepf in Recklinghausen gestorben; Ministerin für Bundesangelegenheiten 1975-78; Justizministerin in NRW 1978-83 (erste Frau an der Spitze eines Justizministeriums in der BRD); Landesvorsitzende der ASF 1973-82;

Impressum

Neue Blätter für Politik und Kultur
Herausgeber: Carlo-Mierendorff-Gesellschaft
für Politik und Kultur e.V.
Redaktion: Di 9-12 Uhr
P. Neumann (verantwortl.)
D. Hohn, M. Feske, A. Olszewski
Telefon 04171/788788
Fax 04171/788789
Email: CMG.Redaktion@web.de
Erscheint monatlich
V.i.S.d.P.: P. Neumann

Inhaltsverzeichnis

Markantes zum Ausgang der Wahlen in Frankreich von Peter Gey/Benjamin Schreiber	S. 1-2
Spanischer Bürgerkrieg 18.7.1936 von Paul Neumann	S. 3
Rückblicke	S. 4-5
Nie wieder Nationalsozialismus: Claus Schenk Graf von Stauffenberg	S. 6-8
Namen und Daten	S. 9
Abenteuer Deutschland	S. 10
Literarisches Kabarett	S. 11
Ärztlemangel, M. Beecken	S. XVII

Ein Abenteuer in Deutschland

von Pau-Ling Low aus Malaysia

Seit meinem 16. Lebensjahr, wollte ich erleben, ein Austauschschüler zu sein. Mit 17 hatte ich endlich die Möglichkeit, mich für das Programm von AFS (American Field Service) zu bewerben. In dem Antrag gab es viele Länder zur Auswahl, aber Deutschland ist mir als erstes ins Auge gefallen.

Meines Wissens ist Deutschland, ein Land mit fortschrittlicher grüner Technologie und eines der wenigen Länder, das sich aktiv um den Aufbau und Einsatz erneuerbaren Energien zum Schutz von Mutter Natur bemüht. Dieses hat meine Neugier daran geweckt, selber zu erfahren, wie umweltfreundliche Aktivitäten vorbereitet und in Deutschland verbreitet werden.

Abgesehen davon, gab es einen weiteren Grund, warum ich nach Deutschland gehen wollte. Ich will und wollte die Deutsche Sprache lernen. Denn Deutsch gilt als wichtige Weltsprache. Daher scheint es mir sehr wichtig, in dieser Sprache Kenntnissen zu erwerben.

Am 25. Februar bin ich endlich in Deutschland angekommen. Ich war einerseits nervös, aber auch begeistert, alles über Deutschland erleben zu können. Ich wusste ganz sicher, vor mir liegt ein Jahr mit Spaß, in dem ich neue Dinge lernen und erforschen werde.

Zurzeit lebe ich in Norddeutschland in einer kleinen Stadt mit meiner Gastfamilie. Ich bin sehr froh, dass sie sehr warmherzig und gastfreundlich sind. Sie geben mir das Gefühl, hier zu Hause zu sein.

Ich liebe es zur Schule zu gehen, denn in der Schule kann ich neue Freunde finden und verschiedene Dinge erlernen. Ich liebe auch die Gesellschaft meiner Gastschwester, denn durch sie erfahre ich, wie das Leben mit einer Schwester ist. Wir machen sehr viel gemeinsam: Hockey spielen, Joggen, Malerei und vieles anderes.

Seit ich angekommen bin, habe ich so viele neue Dinge erlebt. Es gibt so viele Dinge in Deutschland, die sich von meiner Heimat-Malaysia unterscheiden.

Zunächst einmal konnte ich das Winterende mit dem kalten Wetter erleben und auch, wie im Frühling alle Pflanzen wieder wachsen und erblühen. Eine sehr interessante Erfahrung für jemanden wie mich, die aus der Heimat nur Wärme und hohe Luftfeuchtigkeit und keine wechselnden Jahres-Zeiten kennt.

Zu meinem 18. Geburtstag hat meine Gastfamilie mir einen Urlaub in Berlin geschenkt - mein Austauschjahr scheint unter einem glücklichen Stern zu stehen. Die vier Tage in Berlin waren eine gute Bildungsreise für mich. Berlin ist nicht nur eine schöne Stadt, es steht auch eine große Geschichte hinter dieser Stadt. Während dieser Reise habe ich die ehemals in Ost und West geteilte Stadt als die heutige wiedervereinte erlebt. Das DDR Museum hat mir durch seine Ausstellung sehr viel Wissen über die frühere Zeit vermittelt.

Nicht nur das. Ich durfte eine privat geführte Tour durch den Bundestag erleben. Für mich war dieser Besuch sehr beeindruckend, denn mir wurde ein guter Einblick in die Politik verschafft, die mir sehr geordnet und bürgermah erscheint. Es ist sehr schön, dass dieser wichtige Ort für alle Personen offen steht.

Von dem, was ich bis jetzt gesehen habe, ist Deutschland sehr fortschrittlich und gut entwickelt. Daher glaube ich, meine Heimat könnte sich in vielen Dingen ein Beispiel an Deutschland für die weitere Entwicklung nehmen.

Über die Deutsch Sprache muß ich sagen: "Ich hätte nie gedacht, dass es so schwer ist, diese Sprache zu lernen!" Es ist viel schwieriger, als ich dachte. Ich verstehe jetzt, warum man sagt, es ist nicht einfach, diese Sprache zu erlernen. Aber ich werde nicht aufgeben, sondern weiter daran arbeiten. Ich wünsche mir, am Ende meines Austauschjahres, fast perfekt Deutsch zu sprechen. Und ich wünsche mir, in Deutschland eine zweite Heimat zu finden!

(Pau Ling war durch Vermittlung der CMG über den Abgeordneten Lars Klingbeil, MdB Heidekreis, im Reichstag in Berlin)



Erich Kästner [1899-1974]:

Ganz rechts zu singen

Der Wind schlug um. Nun pfeift ein Wind
von griechisch-nordischer Prägung.
Bei Wotans Donner, jetzt beginnt
die Dummheit als Volksbewegung.

Kein schöner Tod ist auf der Welt
als gleich millionenweise.
Die Industrie gibt uns neues Geld
und Waffen zum Selbstkostenpreise.

Und deshalb müssen die Juden raus!
Sie müssen hinaus in die Ferne.
Wir wollen nicht sterben fürs Ullsteinhaus,
aber für Kirdorf* sehr gerne.

Der Reichstag ist ein Schweinestall,
wo sich kein Schwein auskennt.
Es braust ein Ruf wie Donnerhall:
Kreuzhimmelparlament!

Ihr Mannen, wie man es auch dreht,
wir brauchen zunächst einen Putsch!
Und falls Deutschland daran zugrunde geht,
juvillera, juvillera,
dann ist es eben futsch.

Stoßt auf mit hellem hohem Klang!
Nun kommt das Dritte Reich!
Ein Prosit unserm Stimmenfang!
Das war der erste Streich!

Wir haben das Herz auf dem rechten Fleck,
weil sie uns sonst nichts ließen.
Die Köpfe haben ja doch keinen Zweck.
Damit kann der Deutsche nicht schießen.

Wir brauchen kein Brot, und nur eins ist not:
Die nationale Ehre!
Wir brauchen mal wieder den Heldentod
und schwere Maschinengewehre.

Die Deutsche Welle, sie wächst heran
als wie ein Eichenbaum.
Und Hitler ist der richtige Mann.
Der schlägt auf der Welle den Schaum.

Wir brauchen eine Diktatur
viel eher als einen Staat.
Die deutschen Männer kapieren nur,
wenn überhaupt, nach Diktat.

* Geheimrat Kirdorf war, als Exponent der Schwerindustrie, einer der Finanziers Adolf Hitlers.



Ärztemangel

von Markus Beecken

Ich werde mich gegen eine drohende ärztliche Unterversorgung im Landkreis Harburg einsetzen:

Als Gemeinschaftsprojekt des Landkreises Harburg, der Krankenhäuser, der niedergelassenen Ärzte und der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen startete im Landkreis Harburg die Initiative **StadtLandPraxis** vor rund einem Jahr.

Ziel, der auch von Seiten der SPD in vollem Umfang unterstützten Initiative ist es, die hausärztliche Versorgung in der Fläche auch zukünftig sicherzustellen.

Dies kann aber nur gelingen, wenn Mediziner für eine Praxisgründung bzw. eine Praxisübernahme gewonnen werden können, doch es bleibt kritisch abzuwarten, ob die Maßnahmen des Projektes hierfür ausreichen.

Derzeit zeichnet sich im Rahmen des Projektes zwar ein positiver Trend ab, denn es haben bereits zahlreiche Interessenten Anfragen gestellt, doch ob der künftige Bedarf an Hausärzten durch die Initiative alleine gedeckt werden kann, ist unsicher.

Laut Landkreis Harburg gibt es aktuell 123 niedergelassene Hausärzte im Kreis, die rund 245.000 Einwohner zu versorgen haben.

Auf den gesamten Landkreis bezogen ist dies schon heute nur noch eine Versorgung von 86%.

Berücksichtigt man die altersbedingte Aufgabe von niedergelassenen Ärzten, so werden bis zum Jahr 2022 nur noch 77 Hausärzte praktizieren und das bei einer immer älteren und somit auch kränkeren und derzeit sogar im Landkreis Harburg wachsenden Bevölkerung.

Als SPD-Politiker sehe ich es als eine vordringliche Aufgabe, die hausärztliche Versorgung genauestens zu beobachten, um präventiv einer bedrohlichen Entwicklung mit geeigneten politischen Maßnahmen entgegenzuwirken.

Hierbei wären zum Beispiel die Förderung einer noch besseren Verzahnung der Ausbildung von Hausärzten, aber sicherlich auch finanzielle Anreize, wie z.B. zinslose Darlehen für Praxisgründer, denkbar.

Schließlich ist die ärztliche Versorgung ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und es muss Aufgabe der Politik sein und bleiben, sich dieser Vorsorge anzunehmen.

Sei Politisch Dabei!